

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/05/2009
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 19.08.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere
Hier: Jahresberichte 2008
Vorlage: 0459/2009
2. Lesung
Hier: Bericht der NOVA Hagen e.V.
6. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0461/2009
2. Lesung
7. Kürzung der Zuschüsse an die freien Träger
Vorlage: 0381/2009
8. Wohn- und Pflegeberatung für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung
Vorlage: 0350/2009
9. Neufassung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Hagen sowie die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Hagen und dem dazugehörigen Gebührentarif
Vorlage: 0600/2009
10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie lädt herzlich zu der Abendveranstaltung des Muschelsalates in Haspe in Anschluss an die Sitzung ein.

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

2. Mitteilungen

Frau Kurnoth berichtet, dass die Verwaltung zum 01.07.09 mit dem Diakonischen Werk einen Vertrag zur Versorgung wohnungsloser Personen geschlossen habe. Sie bedankt sich für die Unterstützung bei der Begleitung des Projektes. Es sei geplant, das Projekt am 28.09.09 in einer Pressekonferenz vorzustellen.

Frau Machatschek freut sich über diese Mitteilung und bedankt sich bei der Diakonie und dem Gesundheitsamt.

Frau Kreiss teilt mit, dass es zum Thema „Pflegestützpunkte in Hagen“ nichts Neues gebe. Damit stehe Hagen aber nicht allein da. Ein Umfrageergebnis aus anderen Städten zeige, dass in anderen Städten die Verhandlungen auch noch nicht weiter gediehen seien.

Herr Fiedler erinnert daran, dass der Ausschuss im Oktober des vergangenen Jahres eine Verfahrensänderung bei der Berücksichtigung der Heizkosten bei den sozialen Leistungen zur Kenntnis genommen habe. Damals sei die Bitte geäußert worden, in einem Jahr über die Erfahrungen zu berichten. Das Verfahren werde von den Hilfeempfängern akzeptiert. Die Werte, die jetzt berücksichtigt würden, hätten in weniger Fällen dazu geführt, dass die tatsächlichen Heizkosten unangemessen seien. 90 % der Fälle, die in Betracht kämen, seien auch erfasst. Durch die Aufrechnung für das vergangene Jahr seien die Verbrauchsabrechnungen für 2008 mit berücksichtigt. Auch die Mitarbeiter kämen mit der neuen Regelung zurecht.

3. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

4. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Frau Lazaris berichtet über die Inhalte aus dem Behindertenbeirat.

5. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere

Hier: Jahresberichte 2008

Vorlage: 0459/2009

2. Lesung

Hier: Bericht der NOVA Hagen e.V.

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek erklärt, dass in der heutigen Sitzung die zweite Lesung der Jahresberichte der Verbände anstünde.

Herr Sondern von der NOVA Hagen e.V. berichtet über die Arbeit der Einrichtung (siehe Anlage zu TOP 5).

Frau Kurte möchte wissen, wie denn den Menschen über 65 geholfen werden könne, wenn sie in dieser Einrichtung nicht mehr verweilen könnten.

Herr Sondern antwortet, dass es zurzeit schwierig sei, da es keine adäquaten Angebote gebe.

Herr Haensel richtet die Frage an Herrn Sondern, wie er das Handlungsfeld in der Entwicklung der Klientenzahlen beschreiben würde. Wie viele Menschen stünden auf der Warteliste? Wie lange müssten diese warten?

Herr Sondern berichtet, dass zehn ernsthafte Kandidaten auf der Liste stünden. Diese würden aber bereits durch die Probetage in das Programm mit eingebunden. Bei einer Neuanschuldung dauere es ca. ein Jahr, bis man aufgenommen werden könne. Es sei jedoch möglich und gerade in Arbeit, dass der LWL eine Platzzahlerweiterung bewilligen würde.

Auf Frage von Frau Machatschek, was denn die Leute machten, die ein Jahr auf einen Platz warten müssten, erklärt Herr Sondern, dass diese die Probetage nutzten und alternativ auch zeitweise in die Kontakt- und Beratungsstelle gingen, um die Wartezeit zu überbrücken. Eine andere Alternative sei ambulant betreutes Wohnen in den eigenen Räumlichkeiten.

Frau Machatschek bedankt sich für den Bericht und wünscht Herrn Sondern für die Arbeit alles Gute.

Sie stellt fest, dass die Berichte der Verbände zur Kenntnis genommen wurden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

6. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales**Vorlage: 0461/2009****Hier: Zweite Lesung****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber stellt den Geschäftsbericht 2008 vor und weist auf verschiedene Besonderheiten hin und erläutert diese.

Frau Machatschek möchte im Hinblick auf die Asylbewerber wissen, ob aktuell wieder eine Zunahme stattfindet. Dies habe sie der Presse entnommen.

Herr Stüwe erklärt, dass die bundesweiten Zahlen einen leichten Anstieg erkennen ließen, insbesondere bei den Flüchtlingen aus dem Bereich des Nahen und Mittleren Ostens. Dieser Trend könne in Hagen nicht nachvollzogen werden. Auch eine Aufnahme von irakischen Flüchtlingen habe es in Hagen nicht gegeben.

Frau Machatschek nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Steuber, dass man in Hagen mit stationären Einrichtungen gut aufgestellt sei. Sie zitiert einen Satz aus dem Geschäftsbericht auf Seite 55, der aussagt, „dass zunehmend festgestellt werde, dass Personen in Heimen untergebracht würden, ohne dass eine eindeutige Heimnotwendigkeit vorliege. Jedoch seien eine rechtzeitige präventive Beratung und das Aufzeigen von kostengünstigeren und sozial attraktiveren Alternativen durch den Sozialhilfeträger nicht immer möglich. Oftmals erfahre der Sozialhilfeträger zu spät von der Unterbringung.“
Sie bittet um Erläuterung dieser Aussage.

Frau Kreiss beschreibt Fälle von älteren Patienten, die im Krankenhaus behan-

delt würden, aber aufgrund der kurzen Verweildauer schnell entlassen würden. Dabei würden die Sozialdienste der Krankenhäuser und Ärzte sehr schnell die Aussage treffen, dass eine Rückkehr in den eigenen Haushalt nicht möglich sei. Der Patient müsse stationär untergebracht werden. Erst nach der Umsiedlung ins Heim würde dann von der Verwaltung festgestellt, dass es mit verschiedenen Hilfen auch möglich gewesen sei, den Betroffenen zu Hause zu versorgen.

Frau Dannert bestätigt diese Aussage und schildert einen Fall aus eigener Erfahrung. Ganz schnell würde ein staatlicher Betreuer bestellt, ohne dass die Angehörigen gefragt würden.

Frau Machatschek stellt fest, dass der Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2008 des Fachbereichs Jugend & Soziales zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

7. Kürzung der Zuschüsse an die freien Träger

Vorlage: 0381/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Haensel drückt seine Erleichterung darüber aus, dass vom Rat der Stadt Hagen der Sozialausschuss in dieser Angelegenheit mit einbezogen worden sei und dass die Möglichkeit gegeben sei, aus fachlicher Sicht zu diskutieren. Man habe sich in der Arbeitsgemeinschaft der Verbände dahingehend verständigt, dass man noch einmal das Gespräch mit der Spitze der Verwaltung suchen wolle. Das sei in Teilen bereits abgearbeitet worden. Man sei zu der Überzeugung gekommen, dass weitere Gespräche notwendig seien. Man wolle die Kommunalwahl abwarten. Es sei die Idee entwickelt worden, sich mit den politisch Verantwortlichen im unmittelbaren Anschluss zu einem Spitzengespräch zusammzusetzen. In relativ kurzer Zeit müsse man die etwas weiteren Zusammenhänge einfangen und sich nicht auf einzelne Dienstleistungen be-

schränken. Er bedanke sich dafür, dass man immer wieder eine Korridorverlängerung erhalten habe. Auf die Frage der Kündigungsfristen könne man sehr flexibel reagieren. Er empfinde es als wenig ratsam, vor diesem Gespräch zu sehr ins Detail zu gehen. Er würde sich eine Verschiebung wünschen.

Frau Kurte schließt sich den Ausführungen an und beantragt für ihre Fraktion die erste Lesung der Vorlage.

Herr Dücker schließt sich dem an und regt an, dann in einem breiteren Rahmen Gespräche zu führen. Das Subsidiaritätsprinzip solle dabei etwas höher gehalten werden.

Herr Mervelskemper schließt sich den Ausführungen von Herrn Haensel an.

Frau Buchholz regt an, bei den Gesprächen vorliegende Gesamtkonzepte, zumindest aber auch Querverbindungen und Zusammenhänge mit anderen Bereichen zu betrachten. Durch die Sommerpause gebe es natürlich auch noch Beratungsbedarf. Die Fraktionen tagten erst in der nächsten Woche.

Herr Dr. Schmidt erinnert an das zweite Sparpaket, das im Rahmen der Sparkommission noch zusätzlich abzuarbeiten sei. Er bittet die Verbände, wenn die Gespräche über einen möglichen Kündigungstermin hinausgingen, im Zweifel diese Fristen nach hinten zu setzen. Er bäte, diese Zusage mitnehmen zu können.

Herr Springewicz schließt sich den Ausführungen von Herrn Haensel und Herrn Dücker an. Angesichts der Brisanz der Angelegenheit solle es dem neuen Rat vorbehalten sein, darüber zu entscheiden.

Frau Kurte wundert sich, dass dieselbe Vorlage unter verschiedenen Nummern erscheine.

Herr Steuber erläutert die Hintergründe.

Frau Machatschek ist dankbar, dass man die Vorlage als erste Lesung betrachte und noch die Möglichkeit habe, sich in den Fraktionen intensiv mit der Vorlage zu beschäftigen.

Frau Kurnoth weist darauf hin, dass die Verträge des Gesundheitsamtes größtenteils 2009 ausliefen. Sie bittet um die Bestätigung, dass die Kündigungstermine auch hier verschoben werden könnten.

Der Bitte von Frau Kurnoth wird entsprochen.

Herr Hentschel macht deutlich, dass seine Fraktion den Einsparungen im sozialen Bereich sehr kritisch gegenüberstehe. Man wisse leider nicht, wie man diese noch verhindern könne.

Herr Steuber bittet, zu den Fraktionsgesprächen die Fachmeinung mit einzubeziehen.

Es wäre doch sinnvoll, gemeinsam den besten Weg zu finden.

Den Anträgen der Ausschussmitglieder auf erste Lesung wird gefolgt.

Beschluss:

Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

8. Wohn- und Pflegeberatung für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung **Vorlage: 0350/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Peters erläutert die Vorlage.

Herr Dücker merkt kritisch an, dass der Begriff der „trägerunabhängigen Wohnberatung“ impliziere, dass eine *trägerabhängige* Wohnberatung grundsätzlich in Richtung Heimerberatung berate. Er habe eine andere Erfahrung gemacht. Er bäte, auch diese Wohnberatung im Zusammenhang mit den freien Trägern unter dem Maßstab des Subsidiaritätsprinzips zu sehen. Es sei wahrscheinlich nicht möglich, alle Dinge in der Kommune zu belassen. Er sei davon überzeugt, dass auch die freien Träger hier sehr unabhängig berieten. Er sähe die Gefahr mehr im Bereich der Sozialberatung in den Krankenhäusern.

Herr Haensel weist darauf hin, dass es sich hier um ein hochkomplexes Thema handele. Er warne, aufgrund eines empfundenen Kostendrucks eine bestimmte Steuerung in den Vordergrund zu stellen. Jede Entscheidung habe Auswirkungen auf unterschiedlichsten Ebenen. Ihm fiel bei der gesamten Entwicklung auf, dass niederschwellige Angebote fehlten. Auch in der Kurzzeitpflege gebe es zu wenige Plätze.

Herr Steuber kann die Ausführungen von Herrn Dücker grundsätzlich verstehen.

Er könne jedoch einen Gedanken nicht nachvollziehen, dass ein Träger, der gleichzeitig Anbieter von Leistungen sei, kein Interesse daran haben solle, seine Arbeitsplätze zu sichern und die Annahme dieser Leistungen zu organisieren. In dem Bericht der Gemeindprüfungsanstalt sei nachzulesen, dass empfohlen werde, ausdrücklich mit mehr kommunalem Personal zu versuchen, die Aufgabenstellung „Steuerung des Planungsprozesses“ wahrzunehmen und eine Kostensenkung zu erreichen. Den Bedarf müsse die Kommune gewährleisten, beplanen und sicherstellen.

Frau Kreiss möchte auf die finanzielle Förderung der Wohnberatung hinweisen. Man habe eine Verlängerung bis zum 30.09.09 erzielt. Bis dahin müsse eine Bestätigung vorgelegt werden, dass die Kommune den Eigenanteil weiterzahle. Sonst seien die Fördergelder verloren.

Frau Machatschek schlägt aufgrund dieser Erklärung von Frau Kreiss vor, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folge. Man befinde sich in einem engen Zeitrahmen.

Herr Dr. Schmidt möchte noch für die Fraktionsberatungen auf die Tatsache hinweisen, dass es ja einen Grundsatzbeschluss des Rates gebe, dass die Stadt nicht für ausfallende Landesmittel einstehe. Man habe in diesem Fall mit der Bezirksregierung abgestimmt, einen gegenteiligen Ratsbeschluss fassen zu können.

Herr Dücker ist dankbar für den Hinweis. Diese Sache könnte ja auch ein Präzedenzfall sein. Er sähe ein, dass jetzt entschieden werden müsse. Er bäte jedoch in späteren Beratungen zu prüfen, was an Subsidiarität noch möglich und sinnvoll sei.

Frau Kurte erklärt, dass sich ihre Fraktion dem anschließen werde. Sie regt an, in der Wohn- und Pflegeberatung zu versuchen, mit Hilfe einer Vernetzung mit den verschiedenen Trägern zu einer effektiven Gestaltung zu kommen.

Frau Machatschek stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Wohnberatung wird über den 1. Juni hinaus mit veränderter Finanzierung und mit der in der Vorlage beschriebenen Organisationsform fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. **Neufassung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Hagen sowie die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Hagen und dem dazugehörigen Gebührentarif**
Vorlage: 0600/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stüwe erläutert die Vorlage.

Herr Hentschel hält die Gebühren für die Obdachlosenunterkünfte für relativ hoch.

Herr Stüwe verweist auf die Anlage 1, in der genau beschrieben werde, welche Kosten in den Gebühren enthalten seien.

Er erläutert aufgrund einer Frage von Herrn Dücker, dass eine Übergangswohnung eine Alternative zur Notunterkunft sei. Dies sei die bessere Variante. Die Menschen, die in einer Übergangswohnung wohnten, hätten irgendwann auch wieder die Perspektive, einen Mietvertrag zu bekommen.

Auf eine Frage von Herrn Hentschel nach der gesamten Wohnfläche führt er weiterhin aus, dass für die 712 qm im Frankenweg 25.716 € gezahlt würden. Er verweist wiederum auf die Anlage 1, der das zu entnehmen sei.

Herr Hentschel hält die 50 € pro qm im Jahr auch im Hinblick darauf, dass die Räumlichkeiten sich in einem schlechten Zustand befänden, für völlig überhöht.

Herr Haensel erklärt, er habe in einer Passage der Vorlage mit Bedauern gelesen, dass es mit Blick auf die Unterbringung wohnungsloser Frauen nicht immer zu glückenden Gesprächen mit der Diakonie gekommen sei. Er möchte an dieser Stelle betonen, dass es nie an der Bereitschaft fehle, konzeptionell auch zu Veränderungen in der Kooperation zwischen Diakonie und Stadt zu kommen, was eine Weiterentwicklung der Konzepte angehe. Er würde dieses im Rahmen des Ausschusses öffentlich anbieten.

Auch er sei über die Höhe der Gebühr von 6,10 € erschrocken. Das sei ein stolzer Preis. Er habe jedoch auch Verständnis für die Verwaltung. Diese hätte sicherlich gute Gründe, so zu verfahren.

Er hätte jedoch seine Schwierigkeiten, was die Satzung angehe. Er sei nicht sicher, ob der Personenkreis, den das betreffe, in der Lage sei, angemessen darauf zu reagieren. Er hätte sich hier eine etwas andere Formulierung gewünscht.

Herr Dr. Schmidt meint, dass es das gute Recht eines jeden sei, zu hinterfragen, wie Verträge zustande gekommen seien und Preise sich gestalteten. Er macht das Angebot, die Verträge jederzeit einsehen zu können.

Herr Steuber macht deutlich, dass die Verwaltung auf Notsituationen in diesem Bereich ad hoc reagieren müsse. Es handele sich daher um eine andere Struktur, die mit dem normalen Wohnungsmarkt nicht zu vergleichen sei. Dieses Angebot sei bereits minimiert und solle noch weiter runter gefahren werden. Er ist der Meinung, dass die Mietaufwendungen in diesem Bereich gering seien. Man

müsse dankbar sein, dass es in der Vergangenheit Vermieter gegeben habe, die bereit gewesen seien, der Verwaltung so langfristig zu helfen. Zu bedenken sei auch, dass in der Gebühr Verwaltungsaufwand enthalten sei.

Herr Stüwe möchte in Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Haensel sagen, dass die Ausführungen im Hinblick auf die Vermittlung wohnungsloser Frauen missverständlich sein könnten. Man habe das Problem, dass man für manche Frauen unmittelbar eine Unterbringung finden müsse. Man sei froh, dass man dafür jetzt die Feithstraße vorhalte. Es sei keine Kritik an der Diakonie gewesen, dass diese zu schwerfällig sei.

Frau Machatschek ist der Meinung, dass es gerade im Hinblick auf diese spezielle Personengruppe noch Gesprächsbedarf gebe.

Sie lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen und stellt fest, dass der Ausschuss von der Gebührenkalkulation Kenntnis genommen hat.

Beschluss:

1. Die Neufassung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Hagen sowie die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Hagen und der dazugehörige Gebührentarif, der als Anlage Gegenstand der Niederschrift ist, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 10
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2

2. Von der Gebührenkalkulation wird Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Machatschek möchte wissen, ob es bis zur Eröffnung der beiden Museen einen behindertengerechten Zugang zum Karl-Ernst-Osthaus Museum gebe. Sie fände es schlimm, wenn die Behinderten an diesen beiden Tagen ausgeschlossen würden.

Herr Dr. Schmidt kann darüber keine Auskunft geben. Er will die Angelegenheit klären und die Vorsitzende darüber informieren.

Herr Springiewicz findet es bedauerlich, dass eine solche Frage gestellt werden müsse. Er kämpfe seit Jahren für einen behindertengerechten Zugang zum Krematorium. Dieser sei bis heute nicht fertig gestellt.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.40 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Hogrebe
Schriftführerin